

DEMOKRATIE IM AUSNAHMEZUSTAND

Beschleunigt die Corona-Krise den Strukturwandel der demokratischen Öffentlichkeit?

Henrik Müller

In ihrem Anfangsstadium wirkte die Corona-Krise wie ein Flashback in eine längst vergangene Ära. Familien hockten zusammen zu Hause und pflegten gemeinsame Mahlzeiten. Abends schauten sie zusammen „Tageschau“ oder „heute“, wo Regierende und Expert_innen auftraten, die in ernsten Worten die Lage schilderten und um abgewogene Lösungen rangen. Was sie da sahen, fanden die Bürger_innen überwiegend gut. Während der Shutdown-Phase erreichten die öffentlich-rechtlichen Informationssendungen so hohe Einschaltquoten wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die Zustimmungswerte der sonst eher langweilig vor sich arbeitenden Bundesregierung stiegen. Im Angesicht der tödlichen Pandemie kehrte das Vertrauen in die alten Institutionen der Demokratie zurück: in die Handlungsfähigkeit technokratischer Politiker_innen und Behörden, in akademische Expert_innen, in die Integrität klassischer Medien.

„Die Corona-Krise wirkte kurzfristig wie ein Flashback in eine längst vergangene Ära.“

Viele Länder boten ein ähnliches Bild: In Italien genoss Premier Giuseppe Conte, zuvor ein akademischer Polit-Außenseiter, einen Popularitätsschub. In Spanien stellten die Parteien vorübergehend ihren Dauerstreit ein. In Großbritannien bemühte sich schließlich sogar der einstige Polit-Clown Boris Johnson, nach überstandener eigener Corona-Infektion dem Ernst der medizinischen Lage gerecht zu werden.

Der Schock der Corona-Krise drängte Populismus und Krawall zurück. Traditionelle Werte wie Solidarität und Rücksichtnahme gewannen in Zeiten von Social Distancing wieder an Bedeutung. Eine Zeitlang wenigstens.

Der Flashback hat nicht lange angehalten. Inzwischen drehen sich die Lärmspiralen der Erregungspolitik wieder rasch; in einigen Ländern ist sie nie zur Ruhe gekommen, etwa in den USA und in Brasilien mit ihren polarisierenden Anführern Donald Trump und Jair Bolsonaro. In Deutschland sind Verschwörungsmystiker diverser Couleur zurück, von braun bis regenbogenbunt. Realitätsverweigerung mischt sich mit böartigem Hass auf Eliten, Expert_innen und Fremde.

Statt Gesellschaften zur Besinnung zu bringen, hat die Corona-Krise samt ihrer tief ins private Leben eingreifenden Gegenmaßnahmen einen neuen Kristallisationspunkt geschaffen. Die öffentlichen Räume werden wieder mit Bullshit (im Sinne des Philosophen Harry Frankfurt) geflutet, sodass für viele Bürger_innen kaum noch zu erkennen ist, was wahr ist und was falsch, was wichtig und was irrelevant. Das ist nicht nur nervtötend und ärgerlich, sondern tatsächlich gefährlich.

„Demokratie braucht den freien öffentlichen Diskurs – und der braucht Strukturen.“

Die Demokratie braucht den freien öffentlichen Diskurs. Im Wettbewerb um die beste Deutung der Gegenwart entsteht die Agenda der politischen Prioritäten. Welche

Probleme bedürfen dringlich einer Lösung, welche können warten? Um vernünftige Antworten darauf entwickeln zu können, brauchen Gesellschaften eine gemeinsame Faktenbasis. Auf diesem Fundament kann dann ein hartes Ringen um Lösungen stattfinden. Am Ende stehen regelmäßig Kompromisse, die kaum jemanden begeistern, mit denen aber eine große Mehrheit der Bürger_innen leben kann.

Damit der öffentliche Diskurs gelingt, muss er strukturiert ablaufen. Es braucht Schiedsrichter, die das Infame und Verhetzende eindämmen und darauf achten, dass die relevanten Fakten ans Licht kommen. Und es braucht Werte und Normen, also die freiwillige Selbstbeschränkung der Debattenteilnehmenden, dem schnellen Aufmerksamkeitskick nicht jedweden Anstand unterzuordnen. Soweit das Ideal.

In der alten Welt, so wie sie uns der Corona-Flashback noch einmal kurzzeitig vor Augen geführt hat, gab es Strukturen, manchmal zu viele davon. Der Diskurs war prinzipiell frei, aber tatsächlich mit hohen Zutrittschürden versehen. Wer öffentlich mitreden wollte, brauchte die Medien: die führenden Zeitungen und Zeitschriften, die Nachrichten- und Talk-Formate des Fernsehens. Über die Zugänge zur Öffentlichkeit wachten Journalist_innen. Wer oder was es nicht in die Medien schaffte, fand öffentlich nicht statt. Das Ergebnis war ein politischer Prozess, der Seriosität bis zur Langeweile ausstrahlte. Es gibt Schlimmeres, wie wir inzwischen wissen.

„Die demokratische Öffentlichkeit zerfällt: Aufmerksamkeit erzielt, wer negative Emotionen auslöst.“

Dass die Briten 2016 für den Brexit stimmten, dass der Reality-TV-Star Donald Trump zum 45. US-Präsidenten gewählt wurde, dass in Frankreich 2017 das alte Parteiensystem hinweggefegt wurde und in Deutschland die AfD stärkste Oppositionspartei im Bundestag werden konnte, um nur einige Entwicklungen herauszugreifen – all das sind Folgen des Zerfalls der demokratischen Öffentlichkeiten. Die neuen politischen Kräfte sind um Social Media organisiert: Facebook, Twitter, WhatsApp, YouTube, Telegram. Bewegungen, Kampagnen und Kandidat_innen wenden sich auf direkten Kanälen ans Publikum und an die eigenen Mitglieder.

Soziale Medien sind prinzipiell eine tolle Sache, weil sie die Hürden zur Teilnahme am öffentlichen Gespräch radikal gesenkt haben. Jeder kann mitreden – liken und

liken lassen. Allerdings wird nur gehört, wer die Mechanismen bedient, mit denen die Algorithmen der Plattformen gefüttert wurden. Genau das ist problematisch. Denn das Ziel dieser großen Technologieunternehmen besteht nicht darin, einen strukturierten öffentlichen Diskurs zu gewährleisten, sondern die Aufmerksamkeit der Nutzer_innen zu maximieren, womit sich wiederum Geld verdienen lässt. Aufmerksamkeit erzielt, wer Affekte anspricht, vor allem negative Emotionen (Angst, Empörung, Ekel, Abscheu...) auslöst, weil Menschen darauf besonders verlässlich anspringen, also klicken.

Es geht nicht nur um die Auswüchse von Hate Speech oder Gewaltverherrlichung im Netz, die inzwischen per Gesetz geahndet werden. Teile des digitalen öffentlichen Raumes verkommen zur Freakshow, bevölkert von Chemtrailern, Flatearthern, QAnon-Jüngern oder Aluhut-Trägern – ein Panoptikum der Verwirrung. Den Verschwörungssektierern kommt Corona gerade recht, gilt ihnen die Pandemie doch als Beleg für die Machenschaften einer teuflischen globalen Elite.

„Auch Politik und klassische Medien sind zunehmend Getriebene der algorithmischen Erregungslogik.“

Affekte treiben inzwischen auch politischen Debatten an. Was niemanden aufregt, nimmt kaum jemand wahr. Als Resultat erleben wir eine Kette übersteigter Dramatisierungen und infamer Tabubrüche. Eine Empörungswelle folgt auf die nächste. Traditionelle Medien surfen aus schierer wirtschaftlicher Notwendigkeit auf den gerade angesagten Themen- und Meinungstrends mit, damit auch sie etwas vom Aufmerksamkeitsbudget abbekommen. Auch sie sind inzwischen Getriebene der algorithmischen Erregungslogik.

Zugegeben, viele digitale Debatten wirken für sich genommen nicht gerade gefährlich. Aber dienen sie der kollektiven Wahrheitsfindung? Erkunden sie reale existierende gesellschaftliche Probleme und realistische Lösungen? Gerade in Corona-Zeiten ersetzt die Twitter-Schlacht das aufmerksame Gespräch. Im digitalen Raum gilt das Prinzip des unbedingten Rechthabens. Fürs Zuhören und Nachdenken, auch für eigene Zweifel ist da kaum Platz. Wer die Lärmspirale zum Tanzen bringt will, muss austeilen, um heftigen Widerspruch und Empörung zu provozieren. Sicher, das haben früher auch Figuren wie Herbert Wehner oder Franz Josef Strauß getan. Ihre Polemiken und Beschimpfungen blieben aber stets Teil ernsthaft geführter Debatten. Heute sind verbale Ausfäl-

le ein Massenphänomen, das sich von demokratischen Zwecken – dem Ringen um den richtigen Weg – immer mehr ablöst. Da die Algorithmen den Zugang zur Öffentlichkeit herstellen, ist Polarisierung eine kaufkräftige Währung. Social Media-Star wird nur, wer große Scharen von Fans und Feinden mobilisiert. Fürs Abgewogene und Wahrhaftige werden die Räume eng.

„Fürs Abgewogene und Wahrhaftige werden die Räume eng – aber das ließe sich ändern“

Demokratien sind diesen Zersetzungsprozessen keineswegs hilflos ausgeliefert. Die großen Plattformen ließen sich so regulieren, dass strukturierte Debatten möglich werden. Qualitativ hochwertiger Journalismus und eine der Öffentlichkeit zugewandte Wissenschaft können dabei zentrale Rollen spielen. Dass das Publikum der permanenten Erregung irgendwann überdrüssig wird, bleibt bestenfalls eine vage Hoffnung – wenn selbst der Corona-Schock bislang keinen nachhaltigen Wandel angestoßen hat.

Oktober 2020

Henrik Müller ist Professor für wirtschaftspolitischen Journalismus an der Technischen Universität Dortmund und Kolumnist des Nachrichtenmagazins Der Spiegel. Er ist Autor des Buches "Kurzschlusspolitik. Wie permanente Erregung unsere Demokratie zerstört.", erschienen 2020 im Piper Verlag.

DEMOKRATIE IM AUSNAHMEZUSTAND. WIE VERÄNDERT DIE CORONAKRISE RECHT, POLITIK UND GESELLSCHAFT?

Die Corona-Pandemie markiert die entscheidendste Krise der demokratischen Staaten und Gesellschaften seit dem Zweiten Weltkrieg. Von erheblichen Grundrechtseingriffen über die strapazierte Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen bis hin zu immensen wirtschaftlichen und sozialen Folgeschäden stellt sie unser Gemeinwesen auf eine vorher nicht gekannte Probe. Gleichzeitig macht die Krise bestehende, längerfristige Herausforderungen des demokratischen Systems mit besonderer Deutlichkeit sichtbar. Daraus ergeben sich vielfältige demokratierelevante Fragen an die Wissenschaft, die wir in der neuen E-Paperreihe diskutieren wollen.

Alle bisher erschienen Beiträge sind [hier](#) abrufbar.

Kontakt: Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung, alina.fuchs@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.